

Merkblatt zum Datenschutz

KRÖGER & REHMANN

Rechtsanwälte, Notare

Die nachfolgenden Hinweise sollen Ihnen den Umgang mit Daten im Zusammenhang mit anwaltlichen und notariellen Mandaten verdeutlichen und erläutern. Weiterhin gilt die Verschwiegenheitsverpflichtung des Notars und des Rechtsanwalts, die auch durch das Datenschutzrecht nicht eingeschränkt wird. Auch Datenschutzbehörden haben keinen Zugriff auf die der Verschwiegenheitsverpflichtung unterliegenden Daten. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Ihren Rechtsanwalt oder Notar oder an unseren Datenschutzbeauftragten.

1. Wer ist verantwortlich, an wen können Sie sich wenden?

o **bei anwaltlicher Vertretung:**

Rechtsanwälte Kröger, Rehmann und Partner Rechtsanwälte mbB, eingetragen beim Amtsgericht Essen, PR 3681, Burgstraße 13, 33142 Büren, Telefon: 02951 9857-0; Telefax: 02951 9857-32, ra@rehmann.de

o **bei notarieller Tätigkeit:**

Notar Johannes Kröger, Burgstraße 13, 33142 Büren, Telefon: 02951 9857-0; johannes.kroeger@rehmann.de
 Notar Franz-Josef Rehmann, Im Aatal 2, 33181 Bad Wünnenberg, Telefon: 02953 9857-0; franz-josef@rehmann.de
 Notar Daniel Radix, Bahnhofstraße 32, 33102 Paderborn, Telefon: 05251 28899-0; daniel.radix@rehmann.de
 Notar Ringo Grenz, Burgstraße 13, 33142 Büren, Telefon: 02951 9857-0; ringo.grenz@rehmann.de

Jeder der vorgenannten Notare ist für den von ihm jeweils zu verantwortenden Bereich alleiniger Verantwortlicher im Sinne der datenschutzrechtlichen Vorschriften. Sie können sich für alle Datenschutzanfragen an den jeweils verantwortlichen Notar oder an unseren Datenschutzbeauftragten wenden.

Datenschutzbeauftragter: Patrick Freiherr von Nolcken, biz2people GmbH & Co. KG, Düsterhusstr. 34, D-33104 Paderborn, Deutschland; pvn@b2p.biz

2. Welche Daten verarbeiten wir und woher kommen die Daten?

Im Falle der Erteilung eines Mandates oder eines notariellen Auftrags werden folgende Daten erhoben:

- Daten zur Person, z. B. Vor- und Zuname, Geburtsdatum und Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Familienstand; im Einzelfall Ihre Geburtenregisternummer;
- Daten zur Kontaktaufnahme, wie z.B. postalische Anschrift, Telefon- und Fax-Nummern, E-Mail-Adresse, Internetadresse;
- (ggf.) Firma, Sitz, Handelsregisternummer, Registergericht,
- Angabe über die Berechtigung zum Vorsteuerabzug, bei Grundstücksverträgen die Steueridentifikationsnummer,
- weitere Informationen, die für die Verfolgung Ihrer Ziele, zur Geltendmachung oder Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats oder notariellen Auftrags notwendig sind oder hilfreich sein können. So werden Sie je nach Gegenstand der Tätigkeit auch Angaben zum Familienstand, zu Verwandtschaftsverhältnissen, zum Güterstand, zu Vertretungsverhältnissen, Sprachkenntnissen und zu steuerlichen oder behördlichen Identifikationsnummern oder -kennzeichen machen und Angaben, die sich aus Personenstandsurkunden oder Ausweispapieren ergeben, mitteilen müssen.
- in bestimmten Fällen, z. B. bei Eheverträgen, Testamenten, Erbverträgen oder Adoptionen, auch Daten zu Ihrer familiären Situation und zu Ihren Vermögenswerten sowie ggf. Angaben zu Ihrer Gesundheit oder andere sensible Daten, z. B. weil diese zur Dokumentation Ihrer Geschäftsfähigkeit dienen;
- in bestimmten Fällen auch Daten aus Ihren Rechtsbeziehungen mit Dritten wie z. B. Aktenzeichen oder Darlehens- oder Konto-Nummern bei Kreditinstituten.

Internetnutzung und Webangebot

Wenn Sie unsere Webseite aufrufen, werden bestimmte Zugriffsdaten gespeichert, die allerdings von uns nur für statistische Auswertungen zum Zweck des Betriebs, der Sicherheit und der Optimierung des Angebotes genutzt werden. Wir behalten uns jedoch vor, die Protokolldaten nachträglich zu überprüfen, wenn auf Grund konkreter Anhaltspunkte der berechnete Verdacht einer rechtswidrigen Nutzung besteht. Sofern Sie die Webseite über eine Verknüpfung (Link) in einer Google Adwords-Anzeige aufrufen oder wenn Sie besondere Services auf der Webseite nutzen, werden weitere Daten in dem in der Datenschutzerklärung zur Webseite geschilderten Umfang gespeichert, verarbeitet und an Dritte weitergegeben. Die Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung zur Webseite.

3. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden die Daten verarbeitet?

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten oder als Urkundsbeteiligten identifizieren zu können,
- um Sie angemessen anwaltlich oder notariell beraten und vertreten zu können und Urkunden rechtskonform gestalten und abwickeln zu können,
- zur Korrespondenz mit Ihnen,
- zur Rechnungsstellung / Kostenberechnung,
- zur Abwicklung von Haftungsansprüchen und zur Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie,

- um Sie über Rechtsfragen und aktuelle Entwicklungen - generell oder im Einzelfall - informieren zu können.

Im Rahmen der notariellen Tätigkeit ist der Notar Träger eines öffentlichen Amtes. Die Amtstätigkeit erfolgt in Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Interesse der Allgemeinheit an einer geordneten vorsorgenden Rechtspflege und damit im öffentlichen Interesse liegt, und in Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e DSGVO).

Ihre Daten werden ausschließlich verarbeitet, um die von Ihnen und ggf. weiteren an einem Geschäft beteiligten Personen begehrte notarielle Tätigkeit entsprechend den Amtspflichten durchzuführen, also etwa zur Erstellung von Urkundsentwürfen, zur Beurkundung und dem Vollzug von Urkundsgeschäften oder zur Durchführung von Beratungen. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt daher immer nur aufgrund der für Notare geltenden berufs- und verfahrensrechtlichen Bestimmungen, die sich im Wesentlichen aus der Bundesnotarordnung und dem Beurkundungsgesetz ergeben. Aus diesen Bestimmungen ergibt sich für den Notar zugleich auch die rechtliche Verpflichtung zur Verarbeitung der erforderlichen Daten (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe c DSGVO). Eine Nichtbereitstellung der von dem Notar bei Ihnen angeforderten Daten würde daher dazu führen, dass die (weitere) Durchführung des Amtsgeschäfts abgelehnt werden müsste.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage und ist zu den genannten Zwecken für die Durchführung des notariellen Auftrags (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c, e DSGVO) oder für die angemessene Bearbeitung des Mandats (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO) und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Vertrag mit Ihnen - mit nachfolgenden Ausnahmen - erforderlich.

Außerdem bitten wir Sie um Angaben zu Ihrer

- Bankverbindung und
- Rechtsschutzversicherung (sofern Sie sie in Anspruch nehmen wollen).

Diese freiwilligen Angaben sind für die Erfüllung von Pflichten aus dem Mandatsverhältnis nicht erforderlich, oft aber hilfreich, um

- Fremdgelder an Sie auszukehren,
- Fragen zur Eintrittspflicht einer Rechtsschutzversicherung zu klären,
- eine Abrechnung direkt mit der Rechtsschutzversicherung vornehmen zu können.

Insoweit erfolgt eine Speicherung und Nutzung nur auf Grund Ihrer Einwilligung, die Sie nicht geben müssen und die Sie auch nach Erteilung jederzeit frei widerrufen können. Einzelheiten dazu finden Sie unten unter „Betroffenenrechte“.

Auch einer Nutzung der Daten zur Kontaktaufnahme außerhalb eines Mandatsverhältnisses können Sie jederzeit widersprechen.

4. An wen werden Ihre Daten weitergegeben?

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, c oder e DSGVO für die Abwicklung eines Mandats oder Auftrags erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrens- oder Urkundsbeteiligte und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte), an Gerichte, Finanzämter, andere Behörden, andere Stellen (z.B. Standesamt, Testamentsregister, Vorsorgeregister, Kreditinstitute) und andere von dem Rechtsvorgang Betroffene zum Zwecke der Korrespondenz, in Erfüllung rechtlicher Pflichten, zur Verfolgung Ihrer Ziele und zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte oder zur Erledigung des Auftrags. Die weitergegebenen Daten dürfen von den Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden, sind dort aber z.B. bei Eintragung in ein Register gegebenenfalls auch einem weiteren Personenkreis zugänglich. Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den genannten Zwecken findet ohne Ihre Zustimmung nicht statt. Das Anwaltsgeheimnis und die notarielle Verschwiegenheitsverpflichtung bleiben unberührt. Ihre Daten dürfen daher nur weitergeben, wenn und soweit wir dazu im Einzelfall verpflichtet sind, z. B. aufgrund von Mitteilungspflichten gegenüber der Finanzverwaltung, oder an öffentliche Register wie Grundbuchamt, Handels- oder Vereinsregister, Zentrales Testamentsregister, Vorsorgeregister, Gerichte wie Nachlass-, Betreuungs- oder Familiengericht oder Behörden. Im Rahmen der Standes- und Dienstaufsicht ist der Notar unter Umständen auch zur Erteilung von Auskünften an die Notarkammer oder seine Dienstaufsichtsbehörde verpflichtet, die wiederum einer amtlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Als Auftragsverarbeiter sind mögliche Datenempfänger unser externer IT-Systembetreuer, Notar- und Anwaltssoftware-Anbieter, Webhoster und die NotarNet GmbH. Soweit es sich um Daten handelt, die einer beruflichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

5. Werden Daten an Drittländer übermittelt?

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in Drittländer erfolgt nur auf besonderen Antrag von Ihnen oder wenn und soweit ein Urkundsbeteiligter in einem Drittland ansässig ist.

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten.

Nach § 50 Abs. 1 der Verordnung über die Führung notarieller Akten und Verzeichnisse (NotAktVV) gelten für die Aufbewahrung von notariellen Unterlagen folgende Aufbewahrungsfristen:

- Urkundenverzeichnis, elektronische Urkundensammlung, Erbvertragssammlung und Sondersammlung: 100 Jahre,
- Papiergebundene Urkundensammlung, Verwahrungsverzeichnis und Generalakten: 30 Jahre,
- Sammelakte für Wechsel- und Scheckproteste und Nebenakten: 7 Jahre; der Notar kann spätestens bei der letzten inhaltlichen Bearbeitung der Nebenakte schriftlich eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmen, z. B. bei Verfügungen von Todes wegen oder im Falle der Regressgefahr; die Bestimmung kann auch generell für einzelne Arten von Rechtsgeschäften wie z. B. für Verfügungen von Todes wegen, getroffen werden.

Die für die anwaltliche Mandatierung erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht (für Rechtsanwälte derzeit 6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert, es sei denn, dass Sie in eine darüber hinaus gehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben. Sie haben bei Auftrags- oder Mandatserteilung einer Speicherung bis zum Ablauf von zehn Jahren nach Ende des Jahres, in dem das Mandat/der Auftrag endet, zugestimmt, sofern Sie diese Einwilligung nicht widerrufen (haben).

Nach Ablauf der Speicherfristen werden Ihre Daten gelöscht bzw. die Papierunterlagen vernichtet, sofern nicht nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus Handelsgesetzbuch, Strafgesetzbuch, Geldwäschegesetz oder der Abgabenordnung) sowie berufsrechtlicher Vorschriften zum Zweck der Kollisionsprüfung eine Verpflichtung zu einer längeren Speicherung besteht.

7. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist die: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf, Telefon: 0211/38424-0, Telefax: 0211/38424-10, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de. Die Beschwerde kann unabhängig von der Zuständigkeit bei jeder Aufsichtsbehörde erhoben werden.

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Zur Geltendmachung des Widerspruchsrechts gilt das für die Geltendmachung anderer Betroffenenrechte Genannte entsprechend.